

Aufruf

**Einreichung von Interessenbekundungen zur Teilnahme von Kommunen
am Forschungs-Praxis-Projekt**

**„Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umwelt-
gerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“**

Bearbeitung: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Laufzeit: November 2015 bis Oktober 2017

Das Projekt wird vom Umweltbundesamt (UBA) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gefördert (FKZ 3715 62 201).



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Aufruf zu Interessenbekundungen zur Teilnahme am

Forschungs-Praxis-Projekt

„Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) bearbeitet seit November 2015 das Forschungs-Praxis-Projekt „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“. Das Vorhaben mit einer Laufzeit von 24 Monaten wird vom Umweltbundesamt (UBA) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gefördert.

1. Anlass, Ziele und Inhalte des Projekts

Wer kennt sie nicht, die Wohnlagen an lauten Hauptverkehrsstraßen mit hoher Feinstaubbelastung und wenig Grün vor der Haustür? Wohnen möchte hier kaum einer! In schrumpfenden Städten stehen diese Wohnungen daher häufig leer. In wachsenden Städten dagegen haben auch diese Wohnlagen aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes ihre Nachfrager. Oft sind dies Haushalte, die sich aufgrund ihres geringen Einkommens Wohnstandorte in besseren Lagen nicht leisten können. Mehrere Untersuchungen belegen den räumlichen Zusammenhang von niedrigem Sozialstatus und höheren Umweltbeeinträchtigungen wie Lärm, Luftschadstoffe, mangelnde Ausstattung mit Grün- und Freiflächen, bioklimatische Belastungen. Nicht selten sind hiervon ganze Quartiere betroffen. Gleichzeitig zeigen verschiedene Untersuchungen, dass bei Menschen mit niedrigem Einkommen und Sozialstatus eine Tendenz zur stärkeren gesundheitlichen Beeinträchtigung durch negative Umwelteinflüsse wie Herzkreislauf- und Atemwegserkrankungen sowie Schlafstörungen besteht.

Vor diesem Hintergrund gewinnt das Thema Umweltgerechtigkeit auch in Deutschland zunehmend an Aufmerksamkeit. Umweltgerechtigkeit zielt auf die Vermeidung und den Abbau der sozialräumlichen Konzentration gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen sowie der Gewährleistung eines sozialräumlich gerechten Zugangs zu gesundheitsbezogenen Umweltressourcen. In der kommunalen (Planungs-)Praxis ist das Thema bislang jedoch kaum „angekommen“; entsprechende Strategien und Maßnahmen fehlen noch weitgehend.

Handlungsempfehlungen für ein erfolgversprechendes und zielführendes Vorgehen der Kommunen zur Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit liegen bereits als Ergebnis des ebenfalls vom Difu mit Förderung des UBA von 2012 bis 2014 durchgeführten Forschungsvorhabens „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ vor¹. Im aktuellen Forschungs-Praxis-Projekt sollen nun – aufbauend auf diesen Handlungsempfehlungen – zentrale Elemente des strategischen Ansatzes zu Umweltgerechtigkeit an Hand konkreter Planungs- und Umsetzungsvorhaben (z.B. Stadtentwicklungsplanung, Stadtumbaumaßnahmen, Freiraumentwicklungsplanung, Lärmaktionsplanung, Quartierskonzepte) von März 2016 bis Juli 2017 in bundesweit drei Pilotkommunen modellhaft mit wissenschaftlicher Begleitung umgesetzt werden. Zu den zentralen Handlungsbereichen gehören:

- Monitoring/Identifizierung von mehrfachbelasteten Gebieten (umweltbedingte, soziale und gesundheitliche Belastungen),
- bedarfsorientierte Entwicklung von Zielen, Maßnahmen und Projekten,

¹ Böhme, C., Preuß, T., Bunzel, A., Reimann, B., Seidel-Schulze, A. & Landua, D. (2015): Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum – Entwicklung von praxistauglichen Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen, hrsg. vom Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau (UBA-Reihe Umwelt & Gesundheit 01/2015). https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/umwelt_und_gesundheit_01_2015.pdf.

- Einsatz von planerischen, umweltrechtlichen und Finanzierungsinstrumenten zur Umsetzung von Maßnahmen und Projekten,
- Etablierung von integriertem Verwaltungshandeln/ämterübergreifender Kooperation,
- politische Verankerung des strategischen Ansatzes zu Umweltgerechtigkeit,
- Beteiligung und Mitwirkung von Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Aus den Ergebnissen der modellhaften Umsetzung werden weiterführende und übertragbare Erkenntnisse für ein systematisches und zielorientiertes Vorgehen zur Implementierung von Umweltgerechtigkeit in Kommunalpolitik und -verwaltung erwartet. Diese Erkenntnisse sollen in eine Toolbox „Umweltgerechtigkeit vor Ort“ einfließen, die andere Kommunen bei der Umsetzung des strategischen Ansatzes zu Umweltgerechtigkeit unterstützt. Zudem werden die im Projekt gewonnenen Erkenntnisse in einer bundesweiten Bilanzveranstaltung den Vertreter/innen aus Fachöffentlichkeit und Kommunen präsentiert und mit ihnen erörtert.

2. Aktivierende Forschungsbegleitung in drei Pilotkommunen

Das Forschungs-Praxis-Projekt ist mit einem aktivierenden Forschungsansatz des Difu angelegt. Dieser Ansatz umfasst:

- aktivierende und unterstützende Beiträge und Impulse für die Pilotkommunen durch das Difu und ggf. weiterer Experten/innen,
- die Dokumentation des Umsetzungsfortschritts in den Pilotkommunen, inkl. fördernde und hemmende Faktoren,
- Identifizierung möglicher Themen/Fragestellungen für einen Erfahrungsaustausch zwischen den Pilotkommunen
- Identifizierung und Recherche potenzieller Inhalte für eine Toolbox „Umweltgerechtigkeit vor Ort“.

Zudem wird das Difu in den Pilotkommunen auf Basis einer Dokumentenanalyse und von Interviews mit Akteuren in der Kommune (Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft) eine Vor-Ort-Analyse durchführen zu:

- Zugang der Akteure zum Thema Umweltgerechtigkeit,
- räumliche Problemlagen/mehrfach belastete Gebiete,
- bisherige Aktivitäten mit Bezug zum Thema Umweltgerechtigkeit (Leitbilder, Programme, Konzepte/Planungen, Monitoringansätze, Projekte/Maßnahmen),
- Zuständigkeiten, Informations- und Kooperationsbeziehungen bzw. Schnittstellen innerhalb der Verwaltung,
- Informations- und Kooperationsbeziehungen zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren,
- Partizipationskultur in der Kommune.

Die Forschungsbegleitung schließt mehrere Vor-Ort-Termine in jeder Pilotkommune (u.a. Auftakt- und Bilanztermin) sowie die Durchführung zwei eintägiger Treffen zum Erfahrungsaustausch zwischen den Pilotkommunen ein. Ferner erstellt die Forschungsbegleitung einen Auswertungsbericht mit zentralen Ergebnissen und Schlussfolgerungen aus den Pilotprojekten, die auf einer bundesweiten Bilanzveranstaltung präsentiert werden.

3. Nutzen und Vorteile der Projektbeteiligung für die Kommunen

Die Projektteilnahme hat für die Kommunen eine Reihe von Vorteilen:

- Es werden in den Kommunen anknüpfend an Problemstellungen vor Ort Planungen und konkrete Maßnahmen mit unterstützender inhaltlicher Begleitung und Beratung des Difu

und ggf. weiterer Experten/innen zur Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit initiiert und umgesetzt.

- Zudem organisiert das Difu Treffen zwischen den drei Pilotkommunen, die dem Erfahrungsaustausch und der Reflexion der Projektumsetzung dienen.
- Die Ergebnisse der Forschungsbegleitung des Difu stehen den Städten für ihre weitere Arbeit zur Verfügung.
- Das Engagement der teilnehmenden Kommunen wird einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Hierfür sind die geplante bundesweite Bilanzveranstaltung, die Erstellung einer Toolbox für Kommunen sowie verschiedene Fachpublikationen vorgesehen.
- Für mehrere Vertreter/innen aus jeder Pilotkommune werden die Reisekosten für die Teilnahme am interkommunalen Erfahrungsaustausch und an der Bilanzveranstaltung übernommen.

4. Voraussetzungen für die Teilnahme und Anforderungen an die Kommunen

Kommunen, die ihr Interesse an der Projektteilnahme bekunden wollen, sollten folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Die Kommune sollte mehr als 50.000 Einwohner/innen haben.
- Es werden sowohl kreisfreie Städte als auch kreisangehörige Kommunen berücksichtigt. Bewerbungen können sich zudem Bezirke der Stadtstaaten Berlin und Hamburg.
- Vorteilhaft ist die Teilnahme an laufenden Programmen, die Anliegen des Ansatzes von Umweltgerechtigkeit implizit aufgreifen (z.B. ‚Soziale Stadt‘, ‚Stadtumbau Ost‘, ‚Stadtumbau West‘).
- Es sollten in der Kommune Anknüpfungspunkte zu den unter Punkt 1 genannten Handlungsbereichen für eine Implementierung von Umweltgerechtigkeit vorhanden sein, die ggf. bereits mit konkreten Projekt/Maßnahmenideen verknüpft werden können und sich für die Umsetzung im Rahmen des Difu-Forschungsprojekts eignen.
- Die Kommune beteiligt sich über den gesamten Zeitraum März 2016 bis Juli 2017 an der Umsetzung des Projektes. Dazu gehört neben den Aktivitäten in der eigenen Kommune (u.a. Auftakt- und Bilanztermin, voraussichtlich März/April 2016 und Juni/Juli 2017) die Teilnahme an Treffen zum interkommunalen Erfahrungsaustausch (zwei eintägige Veranstaltungen, voraussichtlich Juni 2016 und Februar 2017) sowie an der bundesweiten Bilanzveranstaltung (voraussichtlich Juni 2017).
- Es besteht in der Kommune die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Begleitforschung des Difu. Dazu gehören Unterstützungsleistungen bei der Vor-Ort-Analyse wie z.B. die Zurverfügungstellung vorhandener Untersuchungen, Konzepte und Planungen sowie die Bereitschaft an Interviews oder Gruppengesprächen teilzunehmen.
- Für das Projekt muss ein/e qualifizierte Ansprechpartner/in innerhalb der Verwaltung benannt werden.
- Verwaltung und Politik müssen die Projektteilnahme als Pilotkommune befürworten.

5. Interessenbekundung

Die Interessenbekundung ist formlos einzureichen, es sollten hierbei folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Kurzschilderung der kommunalen Situation: Leitbilder Ziele, Konzepte/Planungen mit Bezug zu Umweltgerechtigkeit; mehrfachbelastete Gebiete (umweltbedingte, soziale und gesundheitliche Belastungen); Programme, Planungen, Konzepte und Maßnahmen mit Bezug zu Umweltgerechtigkeit; Anknüpfungspunkte zu den unter Punkt 1 genannten Handlungsbereichen für eine Implementierung von Umweltgerechtigkeit und ggf.

sich daraus ergebene mögliche Projekte/Maßnahmen/konkrete Planungen, die im Rahmen des Difu-Forschungsprojekts umgesetzt werden könnten;

- Motivation für die Teilnahme;
- Benennung des/der Ansprechpartners/in sowie der beteiligten Verwaltungsbereiche;
- Erklärung der Bereitschaft zur Zusammenarbeit über den gesamten Projektzeitraum.

Die Interessenbekundung sollte von der Verwaltungsspitze unterzeichnet sein.

Die Interessenbekundung ist bis spätestens 19. Februar 2016 – per Post oder E-Mail – zu richten an:

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Christa Böhme
Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales
Zimmerstr. 13-15, 10969 Berlin
boehme@difu.de

Für Rückfragen und Beratung stehen zur Verfügung:

Christa Böhme
Tel. 030/39001-291
boehme@difu.de

Thomas Preuß
Tel. 030/39001-265
preuss@difu.de